

Brühler Zeitung

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus monatlich 6 Mark.
Telegramm-Adresse „Brühler Zeitung“ Brühl-Köln.
Fernruf 108 und 109.

Brühler Volksblatt
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfach-Konto Köln Nr. 12742 — Geschäftsstelle: Schloßstr. 23

Anzeigenpreis: Die einspaltige Colonelzelle oder deren Raum 1 Mk., von auswärts 1.20 Mk., im Restament 3 Mark. — Für Bekanntmachungen, notarielle gerichtliche und Finanzanzeigen 1.50 Mk.

Nr. 15.

Donnerstag, den 19. Januar 1922.

25. Jahrgang.

Vaterland.

Wenn wir Deutsche Vaterland sagen, so stehen vor unserer Seele das Land, die Ackerflur, die Triften, wo das Vieh weidet, die Ströme, die es durchziehen, die Waldberge, die darin aufragen, die Dörfer mit ihren Kirchtürmen, die Städte mit ihren Häusermeeren, mit den Fabriksschloten in ihrem Umkreis, mit ihrem Menschengewimmel in den Straßen. Ringsherum läuft die Landesgrenze. So denken wir uns das Vaterland als ein sicht- und greifbares Land.

In dem Begriff Vaterland aber liegt mehr als dies; genau so wie im Begriffe Familie mehr liegt als der Bauernhof oder der Kotten, als das Herrschaftshaus oder das Eigenheim, auf dem die Familie angeheftet ist, als die Arbeitsstätte oder der Acker, von wo sie ihre lieblichen Daseinsbedingungen bezieht. In dem Begriff Familie liegt etwas Geistiges, eine Gabe, die uns das Schicksal gab, eine Zugehörigkeit mit dem ganzen Sein, eine Zusammengehörigkeit der einzelnen zu einer geistigen und sittlichen Einheit und Gemeinschaft.

Die Familie ist aber nicht bloß Gottesgabe, die wir als Gedanken, als Gegenstand der Liebe und Anhänglichkeit in der Seele tragen, sondern sie ist uns auch Aufgabe. Sie kann von uns etwas erwarten, das wir ihr mit Selbstverständlichkeit leisten, wir haben Pflichten gegen sie, über die unter vernünftigen Menschen nicht gestritten wird, die ebenso selbstverständlich sind, wie das mein Herz die Pflicht hat, zu schlagen, mein Magen die Pflicht, zu verdauen, mein Augenlid die Pflicht, den Staub vom Auge abzuwehren, mein Fuß die Pflicht, mich aus der Gefahr wegzutragen. Darum sprechen wir von den Gliedern der Familie, weil die Familie eine lebendige, organische Einheit ist, nicht aus Stücken zusammengeklüftet, sondern als Gabe und Aufgabe ganz und lebendig in jedem einzelnen Glied.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Vaterland. Wir sind seine lebendigen Glieder. Es ist nicht die Summe seiner Bürger, sondern es ist eine geistig-sittliche Einheit, ein Erbe der Väter, das in jedem von uns ganz gegenwärtig ist und lebt, in das wir mit der Seele hineingewachsen sind, das unser geistiger Besitz, eine Quelle des Hochgefühls, der Freude ist; das aber auch auf uns angewiesen ist und verlangt, daß wir es sorgsam lieben, hegen und pflegen. Als geistig-sittliches Eigentum, das uns angeht und dem wir angehören, tragen wir das Vaterland in der Seele, wir sind seine lebendigen Glieder, wie die Glieder eines Körpers, wie die Äste und Zweige am Baum. Wenn aber ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit; und nicht bloß das. Wir sehen bei einer inneren Krankheit oder einer Verletzung, wie die gesunden Kräfte sofort beginnen, das eingedrungene Gift oder den Fremdkörper auszustoßen, wie sie mithelfen, die Wunde zu heilen. Im leiblichen Körper geschieht das aus dem blinden Naturtrieb der Selbsterhaltung. In der Familie sehen wir, wie die Glieder, besonders Vater und Mutter beim Kinde, sich aus freier Liebe um das kranke Mitglied sor-

gen, es pflegen. So auch sollen wir Deutschen allesamt mit doppelter Liebe uns als Glieder des niedergebeugten Vaterlandes erweisen, indem wir uns geschlossen hinter jene Führer stellen, die aufbauende, heilende Arbeit leisten in Wirtschaft und Volkserziehung. Vor allem aber dadurch, daß wir, jeder an seinem Platze, uns als segenspendende Bürger bewähren in Erfüllung unseres Berufes, in stillem gemeinnützigem Wirken des Bürgers überall dort, wo im Berufsstand, Gemeinde und Staat die Pflege des Gemeinwohls Menschen zusammenführt. Keiner darf in der heutigen Not unseres Volkes und Vaterlandes bloß an sich denken, gar aus ihrer Not gewinnbringendes Geschäft machen.

Sitzung des auswärtigen Ausschusses.

M. Berlin, 18. Jan. Der Auswärtige Ausschuh trat heute vormittag zur Besprechung der auswärtigen Lage zusammen. Die Sitzung, die für 11 Uhr anberaumt war, wurde erst um 11.45 Uhr von dem Vorsitzenden Dr. Stresemann eröffnet. Mit dem Reichskanzler Dr. Wirth war auch Dr. Rathenau erschienen. Zunächst sprach Dr. Rathenau als Kommissar der Regierung ausführlich über seinen Londoner und Pariser Aufenthalt, sowie über seine Verhandlungen in Cannes. Seine Ausführungen waren vertraulich. Hieran schloß sich eine Diskussion. Um 3.45 Uhr nachmittags nahm der auswärtige Ausschuh des Reichstages seine Beratungen wieder auf und erhielt als erster der Reichstagsabg. Stinnes das Wort. Die Verhandlungen wurden wiederum als vertraulich erklärt.

Aus dem Reichstagsausschuh für Beamtenangelegenheiten.

M. Berlin, 18. Jan. In dem Reichstagsausschuh für Beamtenangelegenheiten wurde heute der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen weiter beraten. Ein Antrag Steintopfs (Soz.) auf Einführung einer einjährigen Wahlperiode wird abgelehnt. Angenommen wurde jedoch ein hiernach abgeänderter Antrag Steintopfs, dem ersteren Teil des § 5 folgende Fassung zu geben: Die Mitglieder der Beamtenräte werden von den Beamten in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der zweite Absatz des § 5, der bestimmt, daß die Wahl nur aus wichtigen Gründen abgelehnt werden dürfe, wurde angenommen. Hinzugefügt wurde gemäß einem Antrag Schuldt (Dem.) und Teltus (Dem.) die Bestimmung, daß über die Wahländerung der Wahlvorstand entscheidet, und daß das weitere Verfahren sich nach § 17 regelt. Schließlich wurde im letzten Absatz übereinstimmend mit der Regierungsvorlage bestimmt, daß nach Ablauf der Wahlzeit die Mitglieder der alten Beamtenräte solange im Amte bleiben, bis der neue Beamtenrat gebildet ist. Hierauf vertagte sich der Ausschuh.

Der Industrie- und Handelstag gegen die Verteuerung der Postgebühren usw.

Im Verlaufe des Deutschen Industrie- und Handelstages wandte sich Generaldirektor Mommsen gegen eine zu scharfe Zentralisierung der Reichseinkommensteuer durch das Reich und gegen die damit zusammenhängende übermäßige Anspannung der Gewerbe- und Grundsteuer. Geheimrat Quag vom Verkehrsausschuh wandte sich gegen die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife. In einer Entschliehung heißt es: Wir verlangen, daß die Ausgleichung des Fehlbetrages durch größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit herbeigeführt wird. Wir beantragen ferner, daß die Reichspostverwaltung sobald als möglich eine Statistik über die Entwicklung des Verkehrs unter der Geltung der verschiedenen Portosätze herausgibt. Es wird die Wiedereinführung von Privatpostanstalten für den Ortsverkehr gefordert.

Aus dem preussischen Staatsrat.

M. Berlin, 18. Jan. Der preussische Staatsrat trat Mittwoch nachmittag 5.30 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Bei der zu Beginn der Sitzung vorgenommenen Neuwahl wurde das alte Präsidium, bestehend aus den Herren Adenauer (Köln) als Präsidenten, Graf (Frankfurt) als ersten Vizepräsidenten und Jares (Duisburg) als zweiten Vizepräsidenten, durch Jurs wiedergewählt. Ebenso wurden die bisherigen Ausschüsse wiedergewählt. Ferner stimmte der Staatsrat dem Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung des zu Waldeck-Pyrmont gehörenden Gebietsteiles mit dem Freistaate Preußen zu. Der Staatsrat vertagte sich bis auf Freitagvormittag 11 Uhr.

Das Steuereinkompromiß.

M. Berlin, 19. Jan. Wie der „Totalanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, befaßten sich die Mehrheitssozialisten in ihrer gestrigen Fraktionsitzung mit dem Vorschlag, der auf eine Einigung in der Steuerfrage zwischen Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie hinführt. Es handelt sich um einen Kompromißvorschlag, der sich zunächst auf den § 38 des Vermögenssteuergesetzes stützt. In diesem Paragraphen ist vom Reichsnotopfer die Rede. Es wird danach mit 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe erhoben. Bei abgabepflichtigen Vermögen, die 1027000 und darüber betragen, erhöht sich der zu erhebende Betrag bis auf 40 Prozent des Betrages. Dieser Satz soll nach dem Kompromißvorschlag wesentlich erhöht werden. Es erscheint fraglich, ob sich die Mehrheitssozialisten mit dieser Vermögenssteuer zufrieden geben, oder ob sie noch einen weiteren Eingriff in das Vermögen verlangen. Der Kompromißvorschlag sieht ferner eine Anleihe vor, und zwar eine Zwangsanleihe. Jedoch braucht man zur Fixierung der Summe zunächst die Veranlagung zur Vermögenssteuer, die noch nicht festliegt, sodaß hier lediglich ein Gesetz be-

schlossen werden könnte, das erst in Kraft treten kann, wenn die Veranlagung zur Vermögenssteuer fertiggestellt ist. Der dritte Punkt sieht höhere Zuschläge zur Vermögenssteuer vor.

Die Reichstagsfraktion der SPD. und die Steuerreform.

M. Berlin, 19. Jan. Der „Vorwärts“ berichtet: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern nachmittag den Bericht des Gen. Hermann Müller über die bisherigen Steuerverhandlungen entgegen. Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß angesichts der schweren von den Massen zu tragenden Lasten die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Besitzsteuern als durchaus unzureichend erscheinen. In bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage möglich sein würde, zu einem die sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte er sich skeptisch. Er wies auch auf die große Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform stürzen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer innen- und besonders unserer außenpolitischen Lage bedeuten würde. In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, dem Gedanken der Erfassung der Sachwerte gesetzgeberisch zu verwirklichen, erörtert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Die Beratungen werden heute vormittag um 10 Uhr fortgesetzt.

Eine Schraube ohne Ende.

Berlin, 19. Jan. Durch Beschluß des Botstaferrates war die deutsche Regierung verpflichtet, die Kosten der Unterbringung der Interalliierten Ueberwachungskommissionen in Deutschland zu tragen und außerdem gewisse Zulagen zu den Gehältern zu zahlen, während die eigentlichen Gehälter und Löhne der Kommissionsmitglieder bisher von den Regierungen gezahlt wurden. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge ist dieser Tage eine weitere Entscheidung des Botstaferrates getroffen worden, die auch noch die Zahlung der Kosten für die Gehälter der Kommissionsmitglieder Deutschland auferlegt, und zwar rückwirkend für die gesamte Zeit der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder. Nach dem augenblicklichen Stand unserer Valuta würde dies für die etwa 1200 Kommissionsmitglieder die runde Summe von zwei Drittel Milliarde ausmachen.

Die Gefahr eines neuen Beamtenstreiks.

M. Berlin, 19. Jan. Zu den Meldungen über die Kampfstimmung bei den Eisenbahnarbeitern und Postangestellten schreibt die „Berliner Volkszeitung“ besorgniserregend: Laßt uns, Beamte und Staatsarbeiter, über den 27. Januar (für diesen Tag hat Deutschland seine Finanzvorschlüsse der Reparationskommission zu überreichen) hinweg sein. Nachher wird auch die Besserung Eures Loses ernsthaft in Angriff genommen werden.

Dr. Quaaß über wirtschaftspolitische Fragen.

M. München, 18. Jan. Wie die München-Augsburger Abendzeitung meldet, hat das Mitglied des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates Dr. Quaaß, mit hervorragenden Männern des Münchener Wirtschaftslebens über politische Fragen gesprochen und dabei u. a. betont, daß die norddeutschen Wirtschaftskreise in Bayern den stärksten Pfeiler der politischen Ordnung bilden. An der Reichstreue Bayerns zweifle kein verständiger Mensch. Der wirtschaftliche Geist von Rheinland und Westfalen und der Ordnungsgedanke des bayerischen Volkes müßten sich im Reichsgedanken zusammensuchen. Bayern müsse sich in Deutschland durchsetzen. Wenn wir eine Reichsregierung von die-

sem Geiste beämen, würden wir auch wieder erträgliche Verhältnisse erlangen. Dr. Quaaß betonte, daß die Grundlage für eine finanzielle und wirtschaftliche Gesundung des Reiches das Wiedererwachen eines geschlossenen Nationalwillens im deutschen Volke sei.

Der Prozeß gegen die Bürgermeistermörder.

M. Heidelberg, 17. Jan. Der Schwurgerichtssaal bietet heute ein etwas anderes Gesicht als gestern. Auf dem Gerichtstisch liegt noch eine Anzahl von Beweis- und anderen Fundstücken aus dem Besitz des Angeklagten Siefert, ferner Zeitungsfunde mit Blutsfäden, Gewehrteile, Fingerabdrücke, der Ringfinger des ermordeten Bürgermeisters Busse, in Spiritus die Schädelbede des ermordeten Bürgermeisters Werner, ferner Photographien des Tatortes, der Leichen, Vergrößerungen von Fingerabdrücken, Lagepläne usw. Der Angeklagte S. sieht etwas blässer als gestern. Er las noch zu Beginn der Sitzung ein Schriftstück. Nachdem der Gerichtshof erschien, beginnt der Zeugenaufruf. Es werden zunächst Beweise für den Waffenbesitz S. erhoben. S. erklärt, daß er seine Waffe von seinem Truppenteil mit nach Hause genommen habe. Das Gewehr habe er als Andenken betrachtet. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob der Angeklagte mit der Umarbeitung der Waffe einen besonderen Zweck verfolgt habe, gibt S. eine verneinende Antwort. Er habe am 24. 4. das Gewehr aus seinem Heimatsort Olfer mitgenommen, in Papier gewickelt und unter dem Mantel getragen. Er sei, so sagte er, zu Fuß gegangen, weil er nicht auf der Bahn mit der Waffe angehalten werden sollte. In Ziegelhausen habe er dann das Gewehr eingewickelt in seinem Schrank hinter Paketen verwahrt. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß S. erst am 28. 4. zurückgekommen ist, und daß schon am nächsten Tage der Anschlag auf den Ingenieur Vint stattfand. S. erklärte weiter, daß er die Waffe scharf geladen transportierte und daß er nach einem Juliabend nach Heidelberg gefahren sei. Im Wartesaal dritter Klasse sei er mit zwei unbekannten Herren ins Gespräch gekommen und einer der Herren habe ihm angeboten, das Gewehr für 800 M. zu kaufen. Der eine der Männer sei dann am nächsten Tage nach Ziegelhausen gekommen und habe das Gewehr abgeholt. Er habe zwar gesagt, daß er keine besessen habe, und zwar deshalb, weil er nicht als Mörder in Betracht kommen wollte. Nachher habe er jedoch eingesehen, daß er sich mit dieser Aussage geschädigt habe. Der als Sachverständige aufgerufene Waffenkundige John von der Sicherheitspolizei erklärte das Gewehr in den einzelnen Teilen. Die im Zimmer des Angeklagten gefundene Waffe hat dieselbe Nummer, wie die beim Rummelsbacher Hof gefundene Waffe. Es besteht also die Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Waffen zusammengehören. Ferner ist bemerkenswert, daß die Patrone, die an dem Ueberfallsort gegen den Ingenieur Vint gefunden wurde, auch in die Waffe des beim Rummelsbacher Hof gefundenen Karabiners paßt. Es wurden mehrere Zeugen vernommen, die mit S. gemeinsam die Militärzeit verlebt haben. Sie stellten S. im allgemeinen ein gutes Zeugnis aus. Der eine Zeuge erklärte, daß S. ein guter Schütze gewesen sei. Unter den Zeugenaussagen ist auch bemerkenswert die Aussage des Bruders des Angeklagten, des Bildhauers Joh. Siefert aus Olfer. Er sagte aus, daß sein Bruder am 27. oder 28. 4. die Waffe aus dem Heimatsort mitgenommen habe. Um 11 Uhr trat eine kurze Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde in die Verhandlung wegen versuchten Raubmordes auf den Ingenieur Vint eingetreten. Der Angeklagte S. äußerte sich hierzu: „Ich kann nicht viel darüber sagen, weil ich die Sache ja auch nur in den Zeitungen gelesen habe. Der Täter bin ich nicht. Zurzeit der Tat war ich bis zum 31. 4. in Urlaub, wahrscheinlich zu Hause, bestimmt kann ich es

jetzt nicht mehr angeben.“ — Vorsitzender: Was sagen Sie dazu, daß Vint ganz bestimmt behauptet, Sie seien der Täter? Siefert: Er muß sich durchaus irren. Ich kann es aber dem Zeugen Vint nicht verdenken, daß er mir die Sache zur Last legt, nachdem ich schon in der andern Mordsache verhaftet worden bin, denn es ist doch eine Gemeinheit, jemand hinterläßt anzuschließen. Ich bin aber nicht der Täter. Es folgt nun die Aussage des 33-jährigen Ingenieurs Vint aus Weinheim, der u. a. folgendes ausführte: Ich war am 29. v. Js. auf einer Geschäftsreise in die Gegend Wollbühl und Krozellen und kehrte abends mit meinem Motorrad durch das Medartal zurück.

Garantien von Deutschland und Rußland in Genua.

M. Paris, 18. Jan. Das Cablogramm glaubt versichern zu können, daß man am Quai d'Orsay versucht, gewisse Garantien über die Rolle der deutschen und russischen Delegation für die Konferenz von Genua zu erlangen und zwar von Rußland, 1. die Anerkennung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, 2. Uebnahme einer Generalhypothek auf die natürlichen Reichtümer Rußlands für die französischen Forderungen. — Für Deutschland würde genügen, daß die drei in Genua vertretenen Hauptmächte erklären, daß sie die Wiederaufstellung der Wiedergutmachungsfrage von Seiten Deutschlands nicht zulassen. Diese Meldung steht im Widerspruch der Informationen der „Daily Mail“, die besagen, daß England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen werde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt. (Danach würde es sich also um einen Nachlaß von 3,8 Milliarden Goldmark handeln). Die künftigen deutschen Reparationszahlungen sollen nur durch Naturalleistungen erfolgen.

Erweiterung der Kohlenlieferungen Deutschlands

M. Paris, 18. Jan. Die Wiederherstellungskommission teilte dem deutschen Vertreter mit, daß es der deutschen Regierung gestattet sei, in den Monaten Februar, März und April nach beliebigen Ländern Kohlen auszuführen, nicht nur nach Holland und der Schweiz, insofern das Kohlenreparationsprogramm vollständig durchgeführt wird.

Die Vorbereitungen für die Konferenz in Genua

M. Rom, 18. Jan. Mit Rücksicht auf die große Anzahl der Teilnehmer an der Konferenz in Genua, ihrer Referenten und Unterbeamten und mit Rücksicht auf die vermutlich lange Dauer der Konferenz wurde eine aus allen Ministerien zusammengesetzte Kommission von Oberbeamten mit der Durchführung der für die Konferenz notwendigen Maßnahmen beauftragt, vornehmlich mit der Bereitstellung von Wohnungen in Hotels und Privathäusern und mit der Einrichtung von besonderen Post-, Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnämtern und einem besonderen Pressedienst.

Eine Note der Pforte.

Konstantinopel, 18. Jan. Die Hohe Pforte hat an den Oberkommissar der Alliierten eine Note gerichtet, in der dargelegt wird, daß nach griechischen Prehmeldungen in Athen kostbare Gegenstände und Altertümer veräußert würden, die den Türken in dem besetzten Gebiet Kleasiens gehörten, und daß insbesondere Fayencen der grünen Moschee in Brussa weggenommen und nach Athen gebracht worden seien. Die Hohe Pforte bittet die Großmächte um die notwendigen Maßnahmen, damit dem Raub künstlerischer und historischer Schätze der Türkei ein Ziel gesetzt werde.

(1) Die für angestrichen des Husses zu dieser Zeit und den sen des best sich das der hohen bestimmten Erfahrung Unterricht des Weltkriegs Weimar erst ist der Anführer steht und ganz genannt genannten direkten Wtruppen. Gleiches Maänder ein mung der (2) Auf mission fin 1. Unbestieg Franzosen

... Nach Nachtferspi den. Es fin Beziehungem (3) Der am Sonnta Witz (früh ver sam m Mitglieder, gemeinschaft Samenbestel jeder Berse Ehrenpflicht Näheres sie

... Die sammlung laufene Ber sammlung gelegentlicher gliederinter zeichnen ha Abends, H „Attneil einständigen Lage, streif Gestaltung üblichen ein den Einzelh Entrichtung dann näher schied-Gamm schäften un rend die sel steller, Gro sollen. Es einseitige a sondern au dels und Willfür? A fumenten r der Staat aber zuglei gebracht u sehen. Der Teil die Ur den jährli mehr in G lich besteu Genossensch dann allein fung? Die infolge Ze Fernen! D vergegenwä einem Kon viele (durc noffenhaft während p angewiesen ten Ausf der Jethi ledit

Die amerikanische Regierung for-

Brühl und Umgebung

Brühl, 19. Jan.

(:) Die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission erachtet für angebracht, gewisse unrichtige Pressenachrichten hinsichtlich des kürzlich von ihr eingesetzten Untersuchungsausschusses zu berichtigen. Im Gegensatz zu diesen Nachrichten ist dieser Ausschuss keineswegs geschaffen worden, um die Leitung oder Oberaufsicht über die Erziehung und den Unterricht der Kinder in den Schulen des besetzten Gebietes auszuüben. Es handelt sich dabei um keinen bleibenden und dauernden Ausschuss der Hohen Kommission, sondern um ein zeitweilig zu einem bestimmten Zweck ernanntes Komitee, das feststellen und in Erfahrung bringen soll, ob den Kindern im besetzten Gebiet Unterricht im Gegensatz zum Geiste der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und des Artikels 148 der Verfassung von Weimar erteilt wird oder nicht. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß jede Unterrichtserteilung, die im Widerspruch steht mit der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und ganz allgemein in der Welt — wie es aus dem oben genannten Artikel der Reichsverfassung hervorgeht — im direkten Widerspruch steht mit der Sicherheit der Besatzungstruppen. Sie glaubt daher, daß die Deutsche Regierung im gleichen Maße wie die Rheinlandkommission und die übrigen Länder ein Interesse daran haben muß, daß diese Bestimmung der Verfassung beobachtet wird.

(:) Auf Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission sind folgende Bücher im besetzten Gebiet verboten: 1. Unbesiegt; 2. Hermannsland; 3. Offener Brief an einen Franzosen; und 4. Geschändete deutsche Frauen.

... Nachforschungspreis. Für die Wiedereinführung des Nachforschungspreises ist kein genügendes Interesse vorhanden. Es sind Meldungen von zwei Firmen eingegangen, deren Zeichnungen allein bei weitem nicht ausreichen.

(:) Der Gartenbauverein für Brühl und Umgebung hält am Sonntag, den 22. d. M., abends 7 Uhr in der Brauerei Witz (früher Birgel) seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der Verein ist stets bestrebt, seine Mitglieder, sowie Gönner mit Wohlfahrtsvereinigungen, wie gemeinschaftlichen Bezug von Saatkartoffeln, Kunstdünger, Samenbestellung usw. zu unterstützen. Außerdem findet bei jeder Versammlung eine Gratisverlosung statt und ist es Ehrenpflicht eines jeden Mitglieds, pünktlich zu erscheinen. Näheres siehe Anzeige.

... Detailisten-Verein Brühl, e. V. In der letzten Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Mit Befriedigung wurde von der Versammlung die Feststellung aufgenommen, daß in allen Angelegenheiten, die der Vorstand zur Wahrung der Mitgliederinteressen unternommen, er keinen Mißerfolg zu verzeichnen habe. — Sodann verbreitete sich der Redner des Abends, Herr Synodus Dr. Müller, über das Thema: „Aktuelle Fragen des Mittelstandes“. In dem einstündigen Vortrag beleuchtete Redner kurz die politische Lage, streifte dann die wirtschaftliche, erwähnte dabei die Gestaltung der Preise und betonte besonders die in letzter Zeit üblichen einseitigen Maßnahmen (Kontrollpreise usw.) gegen den Einzelhandel, hob auch die zu erwartende Verfügung zur Entziehung der Umsatzsteuer pro Vierteljahr hervor, um dann näher auf den im Reichstag eingebrachten Antrag Breitfeld-Hammer einzugehen. Nach demselben sollen Genossenschaften und Konsume nur einmal Umsatzsteuer zahlen, während die selbständigen Betriebe in allen ihren Stappen (Hersteller, Großhandel und Detail), je diese Steuer entrichten sollen. Es wäre dies nicht nur eine durchaus ungerechte und einseitige Bevorzugung eines bestimmten Wirtschaftskörpers, sondern auch eine gefährliche Bedrohung des freien Handels und Gewerbes! Und das Resultat einer derartigen Willkür? Durch die dann eintretende Abweichung der Konsumenten würde das selbständige Gewerbe zugrunde gehen, der Staat hätte den Grund seiner Größe erdroffelt, damit aber zugleich sich auch um den Zweck dieser Erdröpfung gebracht und er müßte sich nach neuen Steuerquellen umsehen. Der Mittelstand, der bisher zum weitaus größten Teil die Umsatzsteuer (es handelt sich um ca. 40—45 Milliarden jährlich) allein aufgebracht, käme für Steuern nicht mehr in Frage. Weil aber alles nur Erdenkliche schon reichlich besteuert ist, wäre die einzige Folge: die Konsume und Genossenschaften müßten die erwähnten gewaltigen Summen dann allein aufbringen, und das Ende einer derartigen Wirkung? Die den Massen vorgekauften billigeren Preisgestaltung infolge Zerrüttung des Mittelstandes zerfiel in alle Fernen! Diese Folge sollte jeder Steuerzahler sich immer vergegenwärtigen, ehe er sich einem Wirtschaftsbund oder einem Konsum anschließt und besonders auch bedenken, wie viele (durch Steuern aufgebrauchte) Millionen solchen Genossenschaften vom Staat als Zuschüsse bewilligt wurden, während der Kleinhandel leer ausging, und auf sich selbst angewiesen blieb. — In der anschließenden, sehr interessanten Aussprache wurde u. a. auch hervorgehoben, daß bei der letzten vorgenommenen Zuerkennung der Konsume leicht bevorzugt wurden. — Die Neuwahl des Vor-

standes ergab keine Veränderung. Der Vorsitzende betonte die unbedingte Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses und schloß dann die Versammlung.

... Umsatzsteuer der Straßenhändler. Der Antrag auf Ausstellung bezw. Erneuerung der Straßensteuerhefte ist bis zum 15. Februar 1922 zu stellen. Wir verweisen auf die bzgl. Bekanntmachung des Finanzamts Köln-Land in d. Stg.

Rheinland und Westfalen

... Köln: In Köln wurde die Leiche eines vierjährigen Kindes beschlagnahmt, das infolge Ansteckung gestorben sein soll.

... Köln: Die Zahl der Personen, die Arbeitslosenunterstützung bezogen, betrug Ende Dez. 713 gegen 556 Ende Nov. 1921, das sind 16,7 Prozent der Arbeitsuchenden.

... Kreuznach: Ein auf dem städtischen Gute „Bindenmühle“ ausgebrochenes Feuer griff rasch auf die übrigen Stodwerke des Gebäudes über und vernichtete alles Gebälk, den Dachstuhl und die auf dem Speicher lagernden 200 Zentner Frucht. Menschen und Vieh erlitten keinen Schaden.

... Gerd: Ein Landwirt von hier, der für Kartoffeln sich über 100 Mark für den Zentner hatte geben lassen, wurde wegen Wucher zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

... Bingen: Wie die Handelskammer Bingen mitteilt, ist auf die von der Handelskammer seinerzeit unternommenen Schritte gegen eine später zu erfolgende Unbrauchbarmachung der Hindenburgbrücke die Nachricht eingetroffen, daß die Entscheidung gefällt worden ist, an der Hindenburgbrücke keine Restaurationsarbeiten zu verlangen, welche die Brücke für den Straßenverkehr unbrauchbar machen könnte.

... Mainz: Wegen Maßregelung eines Arbeiters, der in einer Versammlung gegen die Meister eine Bemerkung machte und daraufhin fristlos entlassen wurde, legte am Montag vormittag die etwa 600 Mann starke Arbeiterschaft der Schuhfabrik Wolf hier die Arbeit nieder.

... Aus der Pfalz: Die Polizeistunde wurde wegen der bestehenden Brennstoffnot von der Regierung für die ganze Pfalz bis auf weiteres auf 11 Uhr abends festgesetzt.

... Bad-Dürkheim: Bei den letzten Aufräumarbeiten an der Oppauer Unglücksstätte wurde der als vermist geführte Fabrikarbeiter Julius Müller von hier aufgefunden.

... Homburg: Auf Station Schönenberg wurden am Samstag von den Zollbeamten in den unteren Klappen eines Eisenbahnabteils 170 Pfund Butter aufgefunden und beschlagnahmt.

Gerichtszeitung

Bestechungsversuch.

Eine „Geschäftsfrau in Kennbetten“ zu Köln, die ihre auswärtigen Telefon-Verbindungen zwischen 12 und 1 Uhr mittags gerne bevorzugt hergestellt haben wollte, versprach einer Aufsichtsdame des Fernsprechamtes hierfür 300 M. monatlich. Die Beamtin erstattete jedoch Anzeige wegen Bestechungsversuch und das Schöffengericht setzte eine Strafe von 500 Mark fest.

Verantwortlich für die Redaktion Pet. Becker, Brühl.

Druck und Verlag von P. Becker, Brühl.

Bekanntmachung

Umsatzsteuer der Straßenhändler

Die im Bezirke des Finanzamtes Köln- und Mülheim-Land (umfassend die Kreise Köln-Land und Mülheim-Land) wohnenden und ihr Gewerbe ausübenden Straßenhändler und Hausierer sowie diejenigen Personen, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen selbständig Leistungen gegen Entgelt ausführen (Scherenfleischer, Schirm- und Kesselflicker, Korbmacher usw.), ferner die Markthändler mit Ausnahme derjenigen, die lediglich selbstgewonnene Erzeugnisse der Landwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht und der Jagd und Fischerei feilbieten, werden hierdurch auf Grund der §§ 117 und 121 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 aufgefordert, die Ausstellung bezw. Erneuerung der Straßensteuerhefte bei der Umsatzsteuerabteilung des oben genannten Finanzamtes in Köln, Zeughausstraße 1, zu beantragen und zwar die Pflichtigen des Kreises Mülheim-Land und der Gemeinde Brühl (Stadt und Land) Zimmer 37, diejenigen des Kreises Köln-Land, Zimmer 67. Die Dienststunden für den Publikumsverkehr sind von vormittags 8—12 Uhr mit Ausnahme von Mittwochs und Samstags. Der Antrag auf Ausstellung bezw. Erneuerung der Straßensteuerhefte ist bis zum 15. Februar 1922 zu stellen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird als Steuerzweckverhandlung nach § 124 der Ausf.-Best. zum Umsatzsteuergesetz und §§ 356 ff der Reichsabgabenordnung bestraft.

Finanzamt Köln- und Mülheim-Land in Köln.

Einladung

zur Sitzung der Bürgermeisterei-Versammlung, Freitag, den 27. Jan. 1922, nachm. 5 Uhr, im Rathaus Brühl-Land.

Tagesordnung.

1. Ernennung von zwei Beigeordneten.
2. Antrag des Bezirksverbandes Köln des Reichsverbandes der Pol.-Beamten auf Gewährung von Kleidergeld an die Polizei-Beamten für 1920.
3. Antrag auf Unterstützung.
4. Beitrag zum Oberschlesier-Silberfest.
5. Uebnahme der anteiligen Kosten der Verwaltungsbeamtenschule auf die Bürgermeisterei.
6. Wahl und Anstellung eines Bauamtssekretär.
7. Veröffentlichung von Bekanntmachungen in der Rhein. Zeitung.
8. Antrag des Geflügelzuchtvereins für Brühl und Umgebung auf Gewährung einer Beihilfe.
9. Antrag des Marienhospitals auf Gewährung eines Zuschusses.
10. Antrag des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes Ortsgruppe Brühl auf Anschluß der Bürgermeisterei Brühl-Land an das Kaufmannsgericht Köln.
11. Antrag des Gemeinderentmeisters Wieland-Brühl auf Erhöhung des Gehalts.
12. Kosten des Nachforschungspreises.
13. Antrag der Witwe des Hilfspolizeibeamten Heiden-Gebors auf Erhöhung des Bürgermeisterei-Zuschusses.
14. Verwaltungsgebührentarif.

Brühl, den 17. Jan. 1922.

Der Bürgermeister von Brühl-Land
Dohr.

Einladung

zur Sitzung des Gemeinderates Rierberg, Montag, den 23. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr, in der Wirtschaft Nech.

Tagesordnung.

1. Erhöhung der Licht- und Kraftpreise.
2. Antrag des Abzweigs der Ursulinen in Brühl auf Gewährung eines Zuschusses zu den Schullasten.
3. Wahl von Mitgliedern zu dem Ortsausschusse für Jugendpflege.
4. Antrag Schall-Rierberg auf Erhöhung der Gebühren für Fahren des Leichenwagens.
5. Sperrung des Weges zwischen Kaiserstraße und Bochemer Straße längs der Eisenbahnlinie Rierberg-Bochem.
6. Antrag der Witwe Paul Mehen-Rierberg auf Erhöhung des gezahlten Zuschusses aus der Gemeindefasse.
7. Umgemeindung von Parzellen für die Bergmannsriedelung Brühl.

Brühl, den 17. Januar 1922.

Der Bürgermeister von Brühl-Land
Dohr.

Verordnung

zur Sicherstellung der Milchversorgung der Kinder bis zu vierzehn Jahren, der hoffenden und stillenden Frauen und der Kranken.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (Reichsgesetzblatt S. 438) sowie der Ausführungsbestimmungen des Preuß. Staatskommissars für Volksernährung vom 7. Mai 1921, wird für den Bezirk der Bürgermeisterei Brühl-Land folgendes bestimmt:

§ 1.

Milch im Sinne dieser Verordnung ist Rohmilch, und zwar Vollmilch, Magermilch, Buttermilch, Sahne. Auf Dauer- und Vollmilch finden die Vorschriften dieser Ordnung keine Anwendung.

§ 2.

Ueber sämtliche in dem Bezirk der Bürgermeisterei Brühl-Land gewonnene und in ihrem Bereich eingeführte Milch steht dem Bürgermeister das alleinige Recht der Verteilungsregelung zu. Soweit innerhalb der Bürgermeisterei von Erzeugern Milch zum Verkauf an Verbraucher gelangt, unterliegt auch diese Milch der Verteilungsregelung. Der Bürgermeister kann mit Zustimmung der Reichsstelle für Speisefette die Ausfuhr von Milch aus der Bürgermeisterei und die Verarbeitung von Milch zu Käse verbieten.

§ 3.

Die Art der Verteilung und die jeweils zur Ausgabe gelangende Menge Milch wird durch besondere Bekanntmachung angezeigt.

§ 4.

Sichergestellt wird an erster Stelle der Milchbedarf für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre, sowie für stillende und für hoffende Frauen in den drei letzten Monaten vor der Entbindung und für Kranke nach ärztlicher Bescheinigung. Dann werden die Kinder vom dritten und vierten Lebensjahre berücksichtigt. Milch, die über den Bedarf der Versorgungsberechtigten hinaus vorhanden ist, wird dem freien Verkehr überlassen.

§ 5.

Der Handel mit Milch, sowohl der Kleinhandel innerhalb der Bürgermeisterei, als auch die Einfuhr von Milch von auswärts, bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters. Diese

